

Ursula Helmke

GGG – Die zweiten 20 Jahre

Wendezeiten – Überzeugungen – Kurssuche

Dass historische Zeitabschnitte, auch private, sich selektiv in unserem Gedächtnis ablagern – diese Erfahrung kennen wir alle. Da ist es gut und nützlich, wenn Dokumente zur Verfügung stehen, die den Lauf der Geschichte festhalten, auch wenn manches dabei aus der subjektiven Gewichtung im größeren Kontext relativiert werden mag.

Die zu betrachtenden zweiten 20 Jahre stehen unserem Gedächtnis zeitlich näher als die Zusammenschau der Jahre 1969 bis 1988, sollen aber gleichwohl in vergleichbarem Ausmaß zusammengefasst werden. Dies erfolgt in zwei Abschnitten, der erste in dieser, der zweite in Ausgabe 3/2010 des GGG-Journals. Die seinerzeit nacheinander amtierenden Vorsitzenden Anne Ratzki (AR), Dieter Weiland (DW) und Ingrid Wenzler (IW) stellten dafür ihre individuellen Erinnerungen zur Verfügung, die im nachfolgenden Bericht nach bestem eigenem Wissen und Vermögen zusammengefasst werden, da die Gesamtheit der Originalbeiträge den redaktionellen Rahmen um ein Vielfaches überschritten hätte.

Deutsche Gesamtschul-Entwicklung in politischen Wendezeiten

Insgesamt ist die zu betrachtende Zeitspanne von 1988 bis 2008 durch außergewöhnliche politische wie auch spezifisch bildungspolitische Ereignisse geprägt, die sowohl inhaltliche wie strategische Herausforderungen darstellten. Den drei Vorsitzenden muss uneingeschränkt bescheinigt werden, dass sie individuell und im Rahmen ihres jeweils kollegial agierenden Gesamtvorstands – und im weiteren Wirkungsradius mit den Landesvorständen im Hauptausschuss – die erforderliche politische Aktivität entfaltet und im Interesse der gesamtschulischen Entwicklung die notwendigen und möglichen Weichenstellungen eingeleitet haben. Sie und ihre Vorstandsmitglieder wurden von zahlreichen Vertrauensbeweisen und entsprechenden Voten bei den Wahlen und Wiederwahlen getragen.

Aufregende Umbrüche in zwei deutschen Ländern

Anne Ratzki amtierte als Vorsitzende von 1988 bis 1993; Stellvertreter war bis 1990 Horst von Hassel, dann übernahmen Ursula Dörger und Klaus Winkel. Anne Ratzki gliedert ihren Bericht nachvollziehbar in zwei deutlich unterschiedene Teile. Der eine betrifft die „Herausforderungen

durch ein neues, ein unbekanntes Land“, der andere trägt die Bezeichnung „im Rahmen bisheriger Vorstandsarbeit“, in dem sich die bildungspolitische Arbeit u. a. in zahlreichen intensiven Gesprächskontakten mit politisch und verbandspolitisch einflussreichen Partnern realisierte (z. B. SPD, FDP, GRÜNE, CDU, GEW, VBE, AfB, DGB, Beamtenbund) und bekannte Personen wie H. Schwier, D. Breitenbach, E. Rühmkorf, R. Raab, R. Wernstedt u. a. umfasste. Natürlich stand im thematischen Vordergrund stets die von der GGG gewünschte und geforderte Ausweitung der schulstrukturellen Umwandlung zur „Einen Schule für alle Kinder“ sowie die pädagogisch und strukturell geforderte Aufhebung des Zwangs zur äußeren Differenzierung in der Integrierten Gesamtschule.

Im Westen war die politische und bildungspolitische Situation in den Jahren 1988/89 zunächst geprägt von wachsender Unzufriedenheit mit der Regierung Kohl / Genscher, in den Ländern hatte die SPD an Boden gewonnen und eine Gründungswelle von Gesamtschulen nach sich gezogen. Beides hatte dazu geführt, dass häufig Vorstandsmitglieder der GGG-Landesverbände in die Ministerien und Landesinstitute einzogen und von dort die bestehenden Gesamtschulen und weitere Neugründungen unterstützen konnten. Doch parteipolitisch nahm die SPD sukzessive das Ziel der Gesamtschule als ersetzende Schule zurück. Leistungsvorbehalte und politische Rücksichtnahme auf das bürgerliche Wählerpotenzial und seine Präferenz von Gymnasien verzögerten die Ausbreitung von Gesamtschulen; in manchen Ländern und Gemeinden zog sich die Schulpolitik auf expliziten Elternwillen zurück. Der verlässlichste Bündnispartner der GGG blieb weiterhin der DGB, während die GEW sich schwer tat, ihre Position zwischen der Unterstützung von Gesamtschulen und ihrer eigenen Struktur entsprechend dem gegliederten System und seines Personals zu definieren (nach AR). Der GGG-BV unterstützte mittlerweile gezielt auch die ‚Kleine Gesamtschule‘ (s. Rödinghauser Erklärung), um z. B. weitere Gründungen in ländlichen Gemeinden zu fördern, hin und wieder sogar mit Unterstützung der örtlichen CDU.

„Bundesarbeitsgruppen nahmen eine rege Tätigkeit auf, von ihnen wurden Workshops auf den Kongressen und Veröffentlichungen in der blauen Reihe vorbereitet. *Ausländische Schülerinnen und Schüler – Deutsche Gesamtschulen; Lehrerfortbildung für die Gesamtschule* und *Integration von behinderten und nicht behinderten Kindern in der Gesamtschule* erschienen. Außer diesen Veröffentlichungen setzte die GGG nun stärker auf Fachtagungen – deutlich vorangebracht von Renate Müller-Daweke: *Integrative Pädagogik, Integration von Behinderten* und *Integration in der Sekundarstufe I*. In dieser Zeit begann auch das von Ursula Dörger initiierte und koordinierte *Projekt Lehrerkooperation*, das in

mehreren Bundesländern und kurz darauf auch in den neuen Ländern die Teamentwicklung an Gesamtschulen förderte. GGG und GEW arbeiteten dabei eng zusammen.“ (AR)

Der Bundeskongress in Marburg 1989 fasste Beschlüsse zur Integration von Behinderten in die Gesamtschule und zur antirassistischen Erziehung. „Die innere Schulreform gewann an Gewicht“ (AR).

Die GGG und die Wende

Die Einleitung des Berichts von Anne Ratzki beginnt allerdings mit: „Als ich 1988 zur Vorsitzenden gewählt wurde, konnte niemand von uns ahnen, welche dramatischen Jahre vor uns lagen: Der Fall der Mauer, die Wiedervereinigung ... Für die GGG bedeutete das: Die Information über Gesamtschulen, die Unterstützung von Initiativen und Runden Tischen zur Umwandlung der Polytechnischen Oberschulen in Gesamtschulen, die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern und die Entwicklung ostdeutscher Landesverbände wurden 1990-93 Schwerpunkte unserer Arbeit im Bundesvorstand. Wir durchlebten die Phasen des Aufbruchs und der Hoffnung, dass die Gesamtschulentwicklung gesamtdeutsch einen großen Schritt vorwärts käme, und der (späteren) Enttäuschung, dass durch westdeutsche politische Entscheidungen das gegliederte System nur wenig verändert auf den Osten übertragen wurde. Die Gesamtschulen fristeten – bis auf Brandenburg – bestenfalls ein Nischen-Dasein, und ihre Befürworter sahen sich zunehmend politischen Repressalien ausgesetzt.“

Dennoch fanden durch Patenschaften westdeutscher für ostdeutsche GGG-Landesverbände und Schulpartnerschaften West / Ost zahlreiche fruchtbare Begegnungen statt. Es war jedoch ebenfalls spürbar, dass in der DDR „ausgebremste“ bürgerliche Kreise auf ein differenziertes Schulsystem hofften, unterstützt von Lehrkräften, die auch gern eine ausgelesene Schülerschaft unterrichten wollten. Diese Gruppen begrüßten die werbenden Vorstöße des Philologenverbands und fanden ein Echo in entsprechenden Wahlprogrammen.

Der Kongress 1990 in Kiel erscheint im Rückblick bereits leicht getrübt: Einerseits wurde er ein großes Treffen der Gesamtschulfreunde aus Ost und West voller Aufbruchstimmung, und ein Antrag auf Neufassung der KMK-Vereinbarung von 1982 wurde vorbereitet – vor allem ging es um die größere Freiheit der einzelnen Schule in Fragen der Fachleistungsdifferenzierung –, der mit der Bitte um Unterstützung an alle Ministerien gesandt wurde, „auf den jedoch alle Kultusminister der SPD-West „mit bestenfalls guten Worten“ reagierten (AR).

Beim Bundeskongress 1991 in Hannover hielt der neue Kultusminister von Niedersachsen, R. Wernstedt, das Hauptreferat. „Ermutigt durch den Regierungswechsel in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz und die enorme Zunahme von Gesamtschulen im vergangenen Jahr – deutschlandweit hatte sich die Zahl der Gesamtschulen fast verdoppelt - formulierte er die These, dass sich in allen Ländern die *Gesamtschule zur beherrschenden Schulform neben dem Gymnasium* entwickeln werde, weil Eltern in der Demokratie bestmögliche Schulabschlüsse für ihre Kinder anstreben“ (AR). Das bedeutete bereits die Zweigliedrigkeit als Perspektive, die K. Hurrelmann schon 1988 als Strategie vorgeschlagen hatte. Immerhin wurden vier neue Landesverbände aus Ostdeutschland in die GGG aufgenommen; die bildungspolitischen Foren diskutierten die Perspektiven der Schulentwicklung in Europa und in den neuen Ländern, die multikulturelle Erziehung in der Schule und die Autonomie von Schule. Aber: Aus einigen Ostländern wurde von Widerstand gegen die Gesamtschule und ihre Befürworter berichtet.

Der Kongress 1992 „*Gesamtschulen lernen voneinander*“ thematisierte vor allem die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Schulen in Ost und West sowie die Optionen der gegenseitigen Weiterentwicklung. Mit Bedauern wurde zur Kenntnis genommen, „dass der Blick wieder mehr auf die äußere und innere Entwicklung von Gesamtschulen *im Westen* gerichtet sei, da Gesamtschulgründungen im Osten inzwischen stark erschwert waren und auch die Entwicklung in Brandenburg deutlich machte, dass Gesamtschule als Teil eines *dreigliedrigen Systems (dort Realschule, Gymnasium, Gesamtschule)* einen prekären Stand haben würde“ (AR).

Die Bilanz der „Wende“

Am Ende ihrer Amtszeit 1993 titulierte Anne Ratzki die drei Jahre Schulpolitik in den Ost-Ländern, die so hoffnungsvoll begonnen hatten, bedauernd als „Rückwende“ und schreibt: „Schon bald nach der Volkskammerwahl am 18.03.1990 und verstärkt nach den Landtagswahlen im Oktober 1990 veränderte sich das bildungspolitische Klima in den neuen Ländern. Die westdeutschen Parteizentralen übertrugen den bildungspolitischen Streit in voller Schärfe auf die neuen Länder. Es ging nicht mehr um die innere Erneuerung der Schulen, sondern in vier der fünf Länder um die konsequente Durchsetzung des gegliederten Schulsystems. Als Instrumente zur Beendigung bildungspolitischer Eigenständigkeit und unkonventioneller Schulexperimente wurden die neuen, von westlichen Regierungen vorgegebenen oder beeinflussten Schulgesetze eingeführt.“ Sie schließt mit Bitterkeit:

„Wir trauten denen, die sich aus eigener Kraft befreit hatten, nicht die Mitgestaltung unserer gemeinsamen Zukunft im Bildungsbereich zu, sondern übertrugen ein ständisches, veraltetes und wenig leistungsfähiges

Schulsystem durch politische Landnahme auf den Osten, ohne einer wirklichen Erneuerung des Bildungswesens eine Chance zu geben.“

Politische Innenschau

Mit **Dieter Weiland** wurde von 1993 bis 1999 ein vehementer Vertreter der konsequent integrierenden Gesamtschule Vorsitzender der GGG, der unsere schulpolitische Überzeugung immer wieder engagiert mit sozial-politischen Thesen verband, worin ihm die beiden Stellvertreterinnen Ursula Dörger und Ursula Helmke gern folgten. Sein Bericht beginnt mit einer kritischen Bestandsaufnahme der weithin verbreiteten Praxis in den „real-existierenden“ Gesamtschulen, womit er die Funktion der „Leverkusener Beschlüsse“ als „visionäre Ausrichtung“ widerlegen möchte, als die sie von J. Lohmann neben der pragmatisch-praktischen Arbeit bezeichnet worden sind (s. *Journal 3/2009*).

Er schreibt u. a.: „Als die Bundesländer 1982 die Beschlüsse zur gegenseitigen Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse fassten, schrieben sie allen Gesamtschulen die Niveau-Kurs-Differenzierung in den entscheidenden Fächern vor. Dass dies den Schulen als Korsett aufgezwungen wurde, welches die Entwicklung einer gesamtschulspezifischen Pädagogik be- und verhinderte, ist nur ein Teil der Wahrheit. Für die allermeisten Schulen beschrieben die Vorgaben lediglich ihre Praxis und ihre Realität. Es gab 1982 nur eine Handvoll Schulen, die zu diesem Zeitpunkt überzeugende alternative Strukturmodelle entwickelt hatten, und diese wurden ja dann auch auf einer „Ausnahmeliste“ anerkannt. (...) Erst sehr, sehr spät begann die Erkenntnis zu dämmern, dass man sich mit der dauerhaften Sortierung der Schüler/innen nach Lernleistung in Kursen oder Zweigen den Kern des gegliederten Schulwesens als trojanisches Pferd in die eigenen Schulen geholt hatte.“ Und weiter: „Dass Differenzierung möglicherweise keine Sache des Sortierens von Schülergruppen sei, sondern im Kern die Sache einer differenzierten Einstellung zu Schüler/innen und ihren Lernprozessen, das war eine verdammt späte Erkenntnis in Gesamtschulen und in der GGG“ (DW).

Vision und /oder real-existierende Schulen

Ob diese Wahrnehmung von Dieter Weiland zutreffender ist als die Darstellung von J. Lohmann oder aber sie ergänzt, sei dahin gestellt. Deutlich wird auf jeden Fall: Hier übernahm jemand den Vorsitz im Verband, der als Mitbegründer einer der Schulen auf der „Ausnahmeliste“ eine konkrete Vorstellung und gehörigen Impetus mitbrachte, an der inhaltlichen Weiterentwicklung der Gesamtschulen zu arbeiten. Das Team-Kleingruppen-Modell (TKM), das die später so

genannten „Gesamtschulen der zweiten Generation“ verwirklichten, war ein überzeugender Entwurf des gelingenden sozialen Lernens im Miteinander der Verschiedenen. Aber die Differenzierungsaufgaben der *Kultusministerkonferenz* (KMK), die 1982 die Bedingungen für die Anerkennung der GS-Schulabschlüsse waren, bildeten bis fast in die Gegenwart schwer zu überwindende Hürden.

Die drei Bundeskongresse dieser Vorstandsperiode waren dezidiert gesellschaftspolitisch akzentuiert, wobei natürlich die pädagogisch-didaktische Umsetzung der Theorie in den Arbeitsgruppen und Lernwerkstätten thematisiert und angeleitet wurde. Sie wurden außerordentlich kompetent von Christoph Heuser vorbereitet und begleitet, „dessen früher Tod (einige Jahre später) ein schlimmer Verlust für uns alle war“ (DW).

Beim Kongress 1995 in Rödinghausen wurde für das Grundsatzreferat Annedore Prengel gewonnen, deren 2 Jahre zuvor erschienenes Buch „*Pädagogik der Vielfalt*“ die Idee der Gleichwertigkeit der in aller Unterschiedlichkeit gemeinsam lebenden und von einander lernenden Kinder und Heranwachsenden überzeugend entfaltet. In 21 anschließenden Lernwerkstätten wurden die KongressteilnehmerInnen in praktische Beispiele der Umsetzung in den Grund- und Sek. I-Schulen eingeführt oder vermittelten ihre eigenen Wege.

1997 in Wörrstadt lautete das Kongressmotto *Gesamtschulen fordern heraus*, und es war gleichermaßen nach innen, auf die Konzepte der Gesamtschulen, wie nach außen, auf die „Verortung der pädagogischen Arbeit der Gesamtschulen und der GGG in sozialpolitische und historische Zusammenhänge“ gerichtet. Dieter Weiland schreibt dazu weiter: „Schon anlässlich einer Großdemonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen den Abbau des Sozialstaates und für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Juni 1996 hatte sich die GGG in einer Grußadresse mit den Forderungen des DGB solidarisch erklärt und insbesondere auf den Zusammenhang zwischen einer Politik der Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft und einem zergliederten, selektiven Schul- und Bildungswesen, das diese Spaltung legitimiert und fördert, hingewiesen.“ Die stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB, Ursula Engelen-Kefer, wurde für die Grundsatzrede gewonnen. Ihr Thema lautete: „Der Abbau des Sozialstaates führt in eine andere Republik.“

Im weiteren Verlauf wurde die Idee der solidarischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen in einen weiten historischen Bogen von der Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution bis zum Grundgesetz der Bundesrepublik eingeordnet. Den Abschluss bildete die

Proklamation des demokratischen Rechts auf gleiche Bildungschancen für alle, die an die Kultusministerien aller Bundesländer gesandt wurde.

Der Kongress 1999 *Gesamtschulen – Traditionen und Widersprüche* fand am historischen Ort, der Fritz-Karsen-Schule in Berlin, statt, die ihr 50-jähriges Bestehen feierte und in ihrer Geschichte als älteste Gesamtschule in Deutschland es vermocht hatte, den kurzen schulreformerischen Ansatz der Nachkriegszeit zu tradieren. Der Festredner Günter Grass („Der lernende Lehrer“) und die Tochter von Fritz Karsen waren beeindruckende, der GGG seelenverwandte Gäste.

Tradition und Kontinuität bzw. Widersprüche

Dieter Weiland schließt unmittelbar an das beglückende Erlebnis der Kontinuität in der Fritz-Karsen-Schule den Hinweis auf die Widersprüche und Brüche in der Gesamtschulentwicklung an: „Der Hauptwiderspruch, den die GGG auszuhalten hatte und hat“, so sein Einwand, „besteht in der schlichten Tatsache, dass alle Reformversuche in Richtung auf eine gemeinsame Schule für alle in Deutschland bisher gescheitert sind (...) überall, wo Gesamtschulen zugelassen wurden, sind sie lediglich ergänzende, nirgendwo ersetzende Schulform.“

In der Auseinandersetzung um die zielführende Strategie zur „einen Schule für alle“ sieht es DW als unerlässlich an, mehr gemeinsames Lernen zu unterstützen, wo immer es vorgesehen wird, „aber alles dagegen, wenn vor lauter Identifikation mit Zwischenschritten (z. B. mit dem „Zweisäulenmodell“ welcher Art auch immer) die klare Zielsetzung einer gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen in der Sekundarstufe I aus dem Blick gerät oder auf unabsehbare Zeit auf der Strecke bleibt.“ Diesen Versuchen bisher widerstanden zu haben, ist für Dieter Weiland ein großes Verdienst der GGG, keine strategische Schwäche, wie manche meinen.

Nachzuholen ist der Vermerk über den 25. Geburtstag der GGG, der 1994 mit viel politischer, wissenschaftlicher und journalistischer Prominenz als Zeitzeugen der vergangenen und gegenwärtigen Gesamtschul-Zeit in Berlin gefeiert wurde. In drei großen, gemischt besetzten Gesprächsrunden wurde kenntnisreich, auch anekdotisch diskutiert. Und als Geschenk zum silbernen Jubiläum wurde die großformatige Wanderausstellung über 12 vorbildliche Gesamtschulen eröffnet.

Die „empirische Wende“

Die Wahl von **Ingrid Wenzler** zur Vorsitzenden (von 1999 bis 2007) stand im Zeichen der eingeleiteten internationalen Schulleistungsvergleiche. IW schreibt: „Der Berliner Gesamtschulkongress stellte insofern ein Novum in der Geschichte der GGG dar, als es zum ersten und bisher einzigen Mal zu einer Kampfkandidatur um den Vorsitz der GGG kam. Zwei Mitglieder des amtierenden Vorstandes, Christoph Heuser und Ingrid Wenzler, bewarben sich um den Vorsitz. Hintergrund waren unterschiedliche Einschätzungen zur Positionierung der GGG hinsichtlich der Beurteilung und des Umgangs mit den internationalen Leistungsvergleichen. In den 90er Jahren waren die ersten Untersuchungen, TIMSS und BiJU, veröffentlicht worden. Statt sie sorgfältig wissenschaftlich auszuwerten und in einem breit angelegten, offenen Diskussionsprozess ihre Bedeutung für die Bildungspolitik auszuloten, wurden sie in der Öffentlichkeit in einer atemberaubenden Weise gegen Gesamtschule instrumentalisiert.“

„Die Mitgliederversammlung vertrat zu fast gleichen Anteilen einerseits diese sehr kritische Einschätzung hinsichtlich der Interpretation der Ergebnisse und ihrer Konsequenzen für die Gesamtschule, vor allem auch ihre öffentliche Verbreitung und Kommentierung; andererseits plädierten gewichtige Stimmen für einen offeneren und – wo nötig – selbstkritischeren Umgang mit den Ergebnissen. Ingrid Wenzler: „Das Stimmenverhältnis bei der Wahl machte deutlich, dass sich zwar eine Mehrheit für die kritischere Linie entschieden hatte, dass aber eine große Minderheit den Gegenkurs gewählt hatte. Es war deutlich, dass es sich um zwei starke Strömungen handelte. In dieser Situation musste es die erste und wichtigste Aufgabe des neuen Vorstandes sein, die GGG als starke Interessenvertretung der Gesamtschule zu erhalten, denn die GGG wurde gerade jetzt als politische Stimme gebraucht.“

Zwei Maßnahmen, die daraufhin vom neugewählten Vorstand in die Wege geleitet wurden, waren wirkungsvoll: die Gründung des *Arbeitskreises PISA* und die Intensivierung der Kontakte zum Grundschulverband“ (IW).

Am 07.12.2001 wurden die mit ungeheurer Spannung erwarteten Ergebnisse des ersten PISA-Durchgangs veröffentlicht. Zahllose Treffen, Diskussionen und Veröffentlichungen hatten im Vorfeld zum Ziel gehabt, weitere Auswertungen von Leistungsuntersuchungen zu versachlichen und korrekt in die Umfeldbedingungen der Probandengruppen einzuordnen.

Ingrid Wenzler: „Der GGG gelang es, im AK PISA eine sorgfältige, konstruktive und einigende Diskussion zum strategischen Umgang der GGG mit den laufenden PISA - Untersuchungen zu führen. Heft 53 der Blauen Reihe mit dem Titel: *Fachleistung, Schulstruktur, Verteilung von Chancen. Ergebnisse neuerer Schulleistungsuntersuchungen* lag rechtzeitig vor dem 07.12.2001 vor und war ein Material der GGG, das in dieser Debatte große Resonanz und Nachfrage erfuhr. – Die Mitgliederversammlung im Rahmen des Lübecker Gesamtschulkongresses vom Mai 2001 verabschiedete mit großer Mehrheit eine Stellungnahme der GGG zur Schulleistungsforschung als gemeinsame Grundlage für das weitere Agieren der GGG in Bund und Ländern.

Es war eine Zeit intensivster Beschäftigung mit empirischer Schulleistungsforschung, aber auch mit Grundorientierungen von Schulsystemen (Fördern oder Auslesen), mit didaktischen Konzepten, mit neuen Konzepten von Leistung, mit erfolgreichen Modellen in anderen europäischen Ländern. Das Motto des Kongresses von 2001: *Leistung gegen den Trend – eine solidarische Schule* in der Lübecker Geschwister-Prenski-Schule drückt dies prägnant aus. Experten aus Schottland, der Schweiz und Deutschland richteten den Blick auf das System Schule, auf die Lehrenden und auf die Lernenden.

Schon im Jahr 2002 folgte mit Heft 54: *PISA International. Informationen und Analysen – Stellungnahmen – Berichte aus Ländern mit integrierten Schulsystemen* die zweite Publikation aus dieser Arbeit, wieder mit einem gemeinsamen Verbandsbeschluss: „Orientierungen der GGG für eine Weiterentwicklung des Schul- und Bildungssystems nach der internationalen PISA-Studie“ vom Mai 2002.

Auch der Gesamtschulkongress 2003 stand im Zeichen der Beschäftigung mit PISA. Er fand in der Europaschule Köln unter dem Motto: *Ja zur Vielfalt – miteinander und voneinander lernen – Gesamtschule* statt. Als Hauptredner konnte der internationale PISA-Koordinator Andreas Schleicher gewonnen werden, der mit einer beeindruckenden Präsentation der PISA-Ergebnisse von 2001 die Überlegenheit integrierter Schulsysteme schlüssig darstellte. Die international besetzten Foren mit ExpertInnen aus Schweden, Finnland, England und Kanada fanden große Resonanz, weil sie vielen Lehrern und Lehrerinnen erstmals originale Einblicke in die Bildungssysteme dieser bei PISA erfolgreichen Länder eröffneten.

Dieser Kongress brachte als wichtige Erkenntnis, dass es nun unabdingbar sei, in Deutschland die Abschlussbedingungen an Gesamtschulen auf die Tagesordnung zu setzen. 21 Jahre nach dem Beschluss der KMK-Vereinbarungen von 1982 mit ihren harten Differenzierungsaufgaben an Gesamtschulen definierte die GGG es jetzt als ihre politische Aufgabe, die Verpflichtung zur

Fachleistungsdifferenzierung als Voraussetzung für die Anerkennung von Schulabschlüssen an Gesamtschulen „aktiv zu bekämpfen.“ (Alle IW)

Damit war die Arbeit des AK PISA beendet. Er arbeitete nun als AK KMK mit dem Auftrag weiter, eine Änderung der KMK-Beschlüsse von 1982 zu befördern. Diese Aufgabe wird von Ingrid Wenzler, sicher nicht zu Unrecht, als das „Bohren harter Bretter“ bezeichnet, gilt es doch, sich mit der Grundauffassung durchzusetzen, dass *differenziertes Lernen* letztlich ein *individuell* angepasstes, nicht in Gruppen sortiertes, sein muss. Allerdings hatte die KMK, was vielfach nicht im wünschenswerten Umfang wahrgenommen wurde, bereits 1993 bzw. 1996 „lehrplanbezogen definierte Anspruchsebenen und (...) zur Erprobung besonderer pädagogischer Konzepte klasseninterne Lerngruppen (...)“ zugestanden (Frankfurter Toleranzedikt). In Verbindung mit der Öffnungsklausel zu Schulversuchen, die nur noch der KMK *angezeigt*, nicht dort *genehmigt* werden müssen, wären weitere Entwicklungsschritte von Gesamtschulen sicher denkbar und einige der von Ingrid Wenzler so genannten Modelle unter der Hand gewiss schon damals zu legitimieren gewesen (UH). Nach wie vor gravierend ist allerdings das Problem der praktischen Umsetzung einer inneren individuellen Differenzierung, die von der Fachtagung 2008 in Herford am Beispiel der dortigen GS wieder intensiv aufgenommen wurde.

Annäherungen

1. Grundschulverband

„Die politischen Entwicklungen im Zusammenhang mit den großen Schulleistungsuntersuchungen führten zur Annäherung an den Grundschulverband. Ohne zu entscheiden, wo die Jahrgänge 5 und 6 anzubieten seien, waren sich beide Verbände einig, dass alle Kinder, einschließlich jener mit besonderem Lernvermögen und jener mit Behinderungen, in einer Schule gemeinsam lernen sollten. Im Februar 2001 wurde die „Gemeinsame Grundsatzposition von Grundschulverband und Gesamtschulverband *Länger miteinander und voneinander lernen* beider Verbände erarbeitet und anschließend von ihren Gremien verabschiedet“ (IW).

Sie wurde zum Gründungsdokument einer großen Verbändekooperation im bildungspolitischen Bereich und vereinte die GEW, Aktion Humane Schule, den Bundeselternrat, regionale und lokale Elternvertretungen, den Verband Sonderpädagogik und etliche Landesschülervertretungen in der Initiative *Länger gemeinsam lernen* bzw. in der Forderung nach „einer Schule für alle Kinder

bis zum Ende der Pflichtschulzeit“. Die Koordination lag beim Grundschulverband und dem Gesamtschulverband. Das Buch *Länger gemeinsam lernen* wurde als gemeinsame Publikation herausgegeben (nach IW).

Höhepunkt des Bildungsfests *Länger gemeinsam lernen* im Rahmen des 29. Gesamtschulkongresses in Kleinmachnow war die Ansprache von Prof. Dr. Rita Süßmuth, CDU, die sich eindrucksvoll unseren Intentionen anschloss.

Die gemeinsame inhaltliche Weiterarbeit brachte in der Folge die *PISA-Lupe* hervor. Sie ist ein Angebot an alle Schulen zur Selbstbefragung und Selbstentwicklung in „finnischem Denken“ und sozialer Gerechtigkeit. Die Initiative *Länger gemeinsam lernen* (www.laenger-gemeinsam-lernen.de) umfasst mittlerweile knapp 20 bildungspolitische Vereinigungen.

2. GEW und Öffentlichkeitsarbeit

Die Beschäftigung mit den PISA-Untersuchungen und die Verbände-Kooperation führten gleichermaßen zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der GEW. Über die Zusammenarbeit im Rahmen der Initiative *Länger gemeinsam lernen* hinaus wurden die strategischen Denkrunden am Himmelfahrtswochenende zwischen den Kongressjahren fortgesetzt und gemeinsame Presseerklärungen sowie weitere Veröffentlichungen herausgegeben. An vielen durch die GEW veranstalteten überregionalen Kongressen war die GGG beteiligt und konnte ihre Position darstellen. So wurde das Hauptproblem des deutschen Schulsystems, seine selektive hierarchische Schulstruktur, verstärkt zum Thema.

Öffentlichkeitsarbeit spielte in der GGG seit jeher eine bedeutende Rolle, sei es in Form der Verbandszeitschrift, der *Blauen Reihe* oder weiterer veröffentlichter Tätigkeitsberichte und bildungspolitischer Kommentare. Zwei neue Elemente werden im Bericht von Ingrid Wenzler hervorgehoben: der Aufbau einer erneuerten Homepage und die jährliche Übersicht zu den Anmeldezahlen an den Gesamtschulen vieler Bundesländer; sie finden inzwischen im Frühjahr großes Presseinteresse.

Aktuelle strategische Ausrichtung

Der Vorsitz von Ingrid Wenzler endete beim GGG-Kongress 2007 mit einer erneuten Strategiedebatte über die Positionierung des Verbandes in Zeiten schulstrukturellen Umbruchs in vielen Bundesländern. Ingrid Wenzler schreibt dazu: „Im Vorfeld des Kongresses war erneut eine Debatte über die strategische Ausrichtung der GGG entstanden. Stimmen zugunsten der

Zweigliedrigkeit als Zwischenschritt wurden mit großen Mehrheiten zurückgewiesen. Dies galt auch für die Position der Vorsitzenden, den Weg zu mehr Integration und schließlich Inklusion über die Gesamtschule, ihren Ausbau, ihre pädagogische Weiterentwicklung zu suchen, nicht über andere Bezeichnungen oder Konzepte“. Die Debatte dieses Gesamtschulkongresses führte zur späteren Umbenennung der GGG zum *Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens*, getragen von klaren Mehrheiten in allen Gremien der GGG.

Die im Rückblick auf die vergangenen 40 Jahre der GGG-Existenz verschiedentlich angeklungene bzw. angemahnte strategische Debatte, deren Ergebnisse bislang nicht zu einer eindeutigen, handlungsleitenden Aussage geführt hatten, ist mit der Ergänzung „Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.“ zu einem gut vermittelbaren Ergebnis geführt worden. Damit wird nun auch eindeutig geklärt, dass Kooperative Gesamtschulen u. Ä. sowie die neuen Gemeinschaftsschulen in der GGG willkommen sind, da sie sich mehr oder weniger bereits auf dem Weg zur gemeinsamen, integrierten Schule befinden, wenngleich an dem Ziel des individuell differenzierenden und fördernden Lernens noch gearbeitet werden muss. Joachim Lohmann hatte in seinem Rückblick beklagt, dass eine grundsätzliche strategische Debatte nicht geführt werden konnte, Anne Ratzki fasst die 1988/ 89 in verschiedenen Stellungnahmen geäußerten Varianten zusammen: *Kleine Schritte* in Richtung Integration an allen Schulen, J. Lohmann; *Wandel durch Annäherung* bei K.-J. Tillmann; *Zweigliedrigkeit* von Gesamtschulen und Gymnasien bei K. Hurrelmann. Von Herbert Enderwitz stammt die auch von D. Weiland geteilte Position: „Für die Integrierte Gesamtschule bedeutet das aushalten, Position halten, die innere Schulreform weiter entwickeln, Modelle schaffen, die vorzeigbar sind, regionale Zentren des Fortschritts bilden, die Gesamtschullehrern und reformwilligen Kollegen helfen weiterzumachen, sie anregt, neu motiviert und nicht zuletzt Eltern zur Mitarbeit gewinnt.“ Der Hamburger Erziehungswissenschaftler C.-L. Furck hingegen forderte in den *Gesamtschul-Kontakten 2/99* in einem "Zwischenruf" zum Kongress in Berlin unmissverständlich, "auf neue Herausforderungen neue Antworten zu suchen".

Wir können von Glück sprechen, dass uns durch PISA und seine Auswertungen die skandinavischen u. a. „Siegerländer“ vorbildhaft nahe gerückt sind und sich wirkungsvolle deutsche Gesamtschulen an deren Seite stellen lassen, wie sich gezeigt hat. Jetzt ist die GGG auf gutem Weg, im inzwischen landesweit schulstrukturellen Umbruch Position zu halten, ja voran zu kommen: Der o. a. Aufruf zum Durchhalten und zur ständigen eigenen Qualitätsentwicklung stärkt unsere Überzeugung; *strategisch* ist mit der Initiative *Länger gemeinsam lernen*, der politischen

Arbeit an den Rahmenvorgaben und der klaren Ansage, alle Schulen des Gemeinsamen Lernens verbinden zu wollen und zu können, ein überzeugender Rahmen geschaffen.

K.-J. Tillmann hat im November 2009 den Berliner Schulleitern (zur dort beschlossenen Zweigliedrigkeit) gesagt: „Es gab und gibt eine Vielzahl guter, auch wissenschaftlich vorzeigbarer Gründe, eine Schulreform in der jetzt vollzogenen Form zu realisieren. Ob sich die damit verbundenen pädagogischen und sozialen Erwartungen dann auch einlösen lassen, wird sich aber erst im Praxistest zeigen können. Es gibt zu dieser Strukturreform der Zweigliedrigkeit aber auch eine Alternative, nämlich die gemeinsame Schule für alle. Dass sie im Jahr 2009 nicht zum Tragen gekommen ist, hat politische Gründe ...“*

An diesen, die er zuvor ausgeführt hat, muss noch gearbeitet werden.

Zu danken ist allen genannten Vorsitzenden, ihrem jeweiligen Team und besonders auch den Elternvertreter/innen, die uns auf diesem Weg mit viel Kraft und Engagement vorangebracht haben, sowie den unendlich vielen Mitstreiter/innen, die in den Schulen und Landesverbänden unsere gemeinsame Vision von der guten und gemeinsamen Schule gestärkt und an ihrer Realisierung mitgewirkt haben.

* „Der Schritt in die Zweigliedrigkeit – Aufbruch oder Sackgasse? – Zur Berliner Schulstrukturdiskussion des Jahres 2009“, Vortrag auf der Tagung des „Interessenverbands Berliner Schulleiter“ am 17.11.2009